

Wöchentlich 50 Bl., monatlich 1,50 M.
in voraus zahlbar, Postbezug 4,50 M.
ein Viertel 40 Pf., Postgebühren- und
77 Pf. Postbesitzgebühren. Inlands-
abonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Feiertags
einmal, die Abendausgaben für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“, „Abendblätter“, „Toll
und Zeit“ und „Runderwerb“, ferner
„Unterhaltung und Witz“, „Spreng-
kammer“, „Lokal“, „Bild in die
Bühnenwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration
des Vermögens in den Händen
von 100 Familien ist ein
bedauerliches Merkmal der
deutschen Wirtschaft. Die
Reichsregierung hat sich
dieses Problems angenommen
und hat Maßnahmen ergriffen,
um die Verteilung des
Einkommens zu verbessern.
Dieses Ziel wird durch die
Einführung von Steuern
erreicht, die auf die hohen
Einkommen abzielen.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhofs 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 57536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten
und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Disk.-Ges. Depotkassette Lindenstr. 3.

Milliarden für Osthilfe.

Schwerste Belastung der Steuerzahler. — Die Siedlung den Junkern geopfert.

Allmählich ist durchgedrungen, wie das junkerliche Ostprogramm aussehen wird, das in dieser Woche von der Brüning-Regierung beraten und sehr bald dem Reichstag vorgelegt werden soll. Das Reichsfinanzministerium — es ist federführend in dieser Sache, nur führt Herr Schiele Herr Waldenhauer die Hand dabei — wird nicht weniger als sechs Gesetzentwürfe vorlegen, die wiederum in einem Rahmengesetz „Osthilfegesetz“ genannt, zusammengefaßt werden. Was über dieses sechsfache Osthilfegesetz bisher bekannt geworden ist, läßt sich darin zusammenfassen, daß alles das eingehalten wird, was Herr Schiele seinen Junkern versprochen hat, als er im Auftrag der Grünen Front das Brüning-Kabinett zu „stützen“ sich beeilte. Alles aber, was an agrarischer und staatspolitischer Unvernunft erwartet werden konnte, das wird noch übertraffen.

Da diese Sozialagen-Regierung der Demokraten, des Zentrums und der Volkspartei von Herrn Schiele abhängig ist, mußte jedes vor dem Kinde hange sein, das von diesem Kabinett als Ostprogramm zur Welt gebracht wurde. Gewiß, die Regierung ist noch am Gebären, aber was kann sie, wo Junker und Hugenberg jeden Augenblick ihr den dünnen Lebensfaden abschneiden können, an dem verändern, was hier als Gesetzentwürfe — als „nur unverbindliche Referententwürfe“ wird die Regierung sie sicher baldigst bezeichnen — bekanntgeworden ist? Herr Schiele wird auf seinem Schein bestehen.

Wird diese Regierung ein solches Ostprogramm aushalten? Kann das Zentrum solche unerhörte Junkersubventionen- und steuerliche Ausbeutungspolitik seinen Wählern, ja seinen Bauern im Westen noch zuzumuten? Herr Langen hat der Demokratischen Partei den Rücken gekehrt, weil sie die Bauern und die agrarpolitische Vernunft preisgegeben hat. Kann die Demokratische Partei die Verschönerung des „Demokratischen Zeitungsdienstes“, sie habe die „Subventionspolitik zugunsten der ostelbischen Großbetriebe abgelehnt“, so demonstrativ wieder verleugnen?

Hier ist der Inhalt des Osthilfegesetzes:
Das Rahmengesetz sieht vor, daß die sechs Einzelgesetze gleichzeitig miteinander in Kraft treten. Es ist ein Ermächtigungsgesetz für die Regierung, die zur Durchführung des Programms erforderlichen Bestimmungen zu erlassen. Gleichzeitig wird die Reichsregierung ermächtigt, mit der Ausführung der erforderlichen Maßnahmen ganz oder teilweise einen Reichskommissar zu beauftragen. Der für Ostpreußen bereits bestellte Reichs- und Staatskommissar Rönneburg soll verschwinden, da mit dem Erlass des Osthilfegesetzes das vorjährige Maßgesetz über die wirtschaftliche Hilfe für Ostpreußen aufgehoben wird.

Die ersten drei Gesetze sind für die Absicht der Subventionierung der Junker charakteristisch. Das Reich soll

Bürgschaften bis zum Betrage von 200 Millionen Mark übernehmen für die Aufnahme neuer landwirtschaftlicher Umschuldungskredite für den Osten.

Um die Beschaffung neuer Umschuldungskredite zu erleichtern, sollen Anleihen mit Prämien aufgenommen werden, wobei die Prämienzahlung auf die Reichskasse übernommen wird. Ebenfalls zu Lasten der Reichskasse soll dafür gesorgt werden, daß die Kreditnehmer nicht mehr als 7 Prozent für diese Umschuldungskredite zu zahlen haben. — Es ist bekannt, daß von den seit 1928 in Ostpreußen investierten 70 Millionen Mark Umschuldungskrediten, weil in der Regel gerade nicht mehr zu rettende Betriebe mit solchen Krediten versehen wurden, fast die Hälfte heute schon wieder verloren ist. Die jährlichen Leistungen der Schuldner an die Reichskasse werden also ganz zweifellos zu schweren Subvenzen des Steuerzahlers führen.

Dieses erste Gesetz zur „Erleichterung der Beleihung landwirtschaftlicher Grundstücke“ sieht aber

noch Bürgschaften für weitere 200 Millionen Mark vor — als Nebenblatt für die junkerlichen Umschuldungskredite — die zur Umwandlung der den Siedlern gewährten Zwischenkredite in langfristige Hypotheken dienen sollen. Hier sollen — wiederum auf Reichskosten — die jährlichen Leistungen der Schuldner auf 5 und sogar eventuell auf 4½ Prozent gesenkt werden.

Das zweite Gesetz über „Lastensenkungen“ ermächtigt die Regierung,

die von der östlichen Landwirtschaft bezahlten Realsteuern und Beiträge zu den landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften (!) bis zur Hälfte auf Reichskosten zu übernehmen,

ferner soll nach dem Gesetz das Reich einen Teil — wieviel, wird nicht gesagt — aller Frachtkosten übernehmen, die in den östlichen Provinzen entstehen. Einkommensteuer zahlt die östliche Landwirtschaft erfahrungsgemäß überhaupt nicht. Eine ganze Hälfte sämtlicher übrigen Steuern soll vom Reich, d. h. vom Steuerzahler in Deutschland jetzt noch dazu übernommen werden.

Das dritte und zweifellos politisch wichtigste Gesetz ist das Gesetz zur „Befestigung landwirtschaftlicher Betriebe“, ein bis zum letzten Rest hilfloses Subventionsgesetz für die Junker.

In Form von verlorenen Zuschüssen sollen landwirtschaftlichen Betrieben Reichsmittel bis zu einem Zehntel des Grundstückwertes erhalten. Derliche Zuschüsse sollen über die Verteilung dieser Staatsgeschenke entscheiden.

Es ist nur eine Täuschung der Öffentlichkeit, wenn es heißt, daß nur solche Betriebe, die nach Lage der Verhältnisse erhalten werden können und bei denen der Betriebshaber dafür eine Gewähr bietet, auf diese Weise durch Reichszuschüsse befestigt werden sollen. Denn wenn „örtl. Ausschüsse“ über die Auswahl der betreffenden Betriebe und über die Verteilung der Reichsgelder zu bestimmen haben, dann steht aus allen Erfahrungen der Vergangenheit fest, daß die in solchen Ausschüssen erscheidenden Landbesitzer in der Regel nicht jantierungsfähige Großbetriebe auswählen und daß alle die auf diesem Wege gewährten Zuschüsse wirklich verloren sein werden. Dieses Befestigungsgesetz ist ein Subventionsgesetz schlechthin nur zur Erhaltung der Junker auf ihren Gütern, gleichviel wie die Junker mit diesen Gütern wirtschaften.

Das vierte und fünfte Gesetz geben der Reichsregierung die Ermächtigung, für den Ausbau des Straßen- und Wasserstraßennetzes Mittel im Reichsrat bereitzustellen oder durch Anleihe zu beschaffen, sowie zur Herstellung von Eisenbahnen in den östlichen Provinzen ein Baukapital bis zum Betrage von 150 Millionen Mark der Reichsbahn als Darlehen zur Verfügung zu stellen oder als verlorenen Zuschuß zu den Grund-erwerbsskolen zu übergeben.

Das sechste Gesetz endlich soll das Finanzierungs-gesetz sein für das gesamte Programm.

Dieses Programm kostet wirklich jene Milliarde, die Schiele für den Osten gefordert hat,

denn dieses Programm gilt nicht etwa nur für Ostpreußen, es gilt mit seinen riesenhaften Anforderungen für sämtliche sechs Ostprovinzen. Die harmlos aussehenden Garantien und Bürgschaften des Reiches, allein 400 Millionen, werden mit Sicherheit zu ganz erheblichen Beträgen in Anspruch genommen, sie werden nicht auf dem Papier stehen. Aber auch

dieses Finanzierungsgesetz überläßt wieder fast alles der Ermächtigung der Reichsregierung. Hingewiesen wird nur auf zwei lächerlich geringe und zugleich sehr zweifelhafte Quellen:

auf die Veräußerungsmöglichkeit des reichseigenen Grundbesitzes im ehemals besetzten Gebiet und auf die restlichen 30 Millionen des Reservefonds der Bank für Industrieobligationen.

Wiedel hofft der Herr Kanzler Brüning, der ein Ostprogramm ohne Mehrbelastung der Steuerzahler versprochen hat, aus den unverkäuflichen Kasernen, überzähligen Schulen, übernommenen Exerzierplätzen und kaum anbringbaren, überzähligen Wohnungen im Westen zu erzielen? Wann und an wen soll dieser Reichtum veräußert werden, wer soll ihn beileihen? Was wird aus dem Westprogramm, für den das Westvermögen des Reiches bestimmt war? Woher kann weitere 50 Millionen nehmen will, scheint heute schon gewiß zu sein: im Reichetat für 1930 steht die letzte Rate von 50 Millionen von jenen 250, die 1926 für die landwirtschaftliche Siedlung bewilligt wurden.

Diese 50 Siedlungsmillionen sollen im Etat gestrichen und den Ostsubventionen für die Befestigung der Junker geopfert werden!

Finanzpolitisch ist dieser sechste Gesetzentwurf ein Tollhuststück und eine staatspolitische Unwürdigkeit.

Aber was bedeutet die Aktion agrarpolitisch?

Dieses „Osthilfegesetz“ wird die Agrarkrise im Osten nicht lösen. So ungeheuerlich die dem Steuerzahler zugemuteten Opfer sind, die Opfer werden, wenn das Monstrum Gesetz werden sollte, umsonst gebracht sein; denn es wird nur eine zeitliche Verschiebung, nicht aber entfernt eine Lösung der östlichen Agrarkrise dadurch möglich sein. Ein höchst kostspieliges und zugleich höchst korruptives Experiment, ein hochreaktionäres und offenbar gegen jeden agrar- und staatspolitischen Fortschritt im Osten gerichtete Unternehmen — das ist dieses Osthilfegesetz der Brüning-Regierung. Von vernünftiger und dauernder Hilfe für die echten volkswirtschaftlichen Räte des Ostens ist in diesem Gesetz keine Spur. Die Junker werden sich freilich freuen, denn sie werden sich auf weitere Jahre aller Sorgen entschlagen können. Auf der anderen Seite werden sich allerdings noch die Polen freuen, denn wenn man mit einem solchen Ostgesetz, das zu allem anderen auch noch die Siedlung zerschlägt, glaubt Nationalpolitik treiben zu können, so wird der Fortschritt der polnischen Siedlung sehr bald und sehr deutlich das Gegenteil beweisen.

Deutschnationale Spaltung.

31 Abgeordnete wollen unter Westarps Führung austreten.

Die Mehrheit der deutschnationalen Reichstagsfraktion wird sich am Donnerstagabend unter dem Vorsitz des Grafen Westarp in einer Sonder Sitzung mit der Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes beschäftigen. In der Einladung, die Graf Westarp zu dieser Sitzung hat ergehen lassen, nennt er die Entschließung des deutschnationalen Parteivorstandes unter anderem einen „unzulässigen Eingriff in die Freiheit“ der deutschnationalen Reichstagsfraktion.

Ein Teil der deutschnationalen Fraktionsmehrheit hat sich bereits am vergangenen Freitag nach der Sitzung des deutschnationalen Parteivorstandes mit der Frage befaßt, welche Schlussfolgerungen aus der Entschließung dieses Parteivorstandes zu ziehen sind.

So herrschte Uebereinstimmung darüber, daß der Bruch mit dem Hugenberg-Fügel der Deutschnationalen Partei unvermeidbar sei und deshalb sofort erfolgen müsse.

An eine Verständigung sei unter den gegebenen Umständen nicht mehr zu denken. Meinungsverschiedenheiten bestanden darüber, wie der Bruch vollzogen werden soll und ob die Fraktionsmehrheit künftig als selbständige Fraktion unter

neuem Namen austreten oder schon jetzt eine Verstämmung mit der vorkonserverativen Gruppe um Treviranus suchen soll. Voraussichtlich wird der Westarp-Fügel vorläufig selbständig austreten und erst später eine Annäherung an die vorkonserverativen Elemente anstreben. Eine andere Taktik hält man im Lager der deutschnationalen Fraktionsmehrheit zur Zeit für unmöglich, nachdem die deutschnationale Fraktionsmehrheit erst in den letzten Tagen wieder erklärt hat, daß sie gegen die Regierung Brüning in Opposition stehe, während die vorkonserverative Gruppe des Reichstags in der Regierung vertreten ist und sie unterstützt.

Wie die deutschnationale Fraktionsmehrheit schließlich im einzelnen vorgehen wird, soll am Donnerstagabend entschieden werden.

Dagegen wird die Frage, ob der Bruch mit Hugenberg schon jetzt erfolgen soll, in maßgebenden deutschnationalen Kreisen in dem Sinne als entschieden betrachtet, daß 31 deutschnationale Abgeordnete die deutschnationale Reichstagsfraktion am 1. Mai unter Protest verlassen.

Die deutschnationale „Deutsche Tageszeitung“ veröffentlicht eine Zuschrift über die voraussichtliche Haltung der deutschnationalen Fraktionsmehrheit. In dieser „Zuschrift“, die eine

Safenkreuz und 1. Mai.

Sie wollen auch demonstrieren!

München, 28. April. (Eigenbericht.)

Der innere Zwiespalt in der Hitler-Partei hat seinen Nährboden in dem Richtungsstreit München-Berlin. Während die offizielle Parteileitung infolge ihrer direkten Abhängigkeit von schwerindustriellen Geldgebern dem zweiten Bestandteil ihres Parteinamens lediglich formale Bedeutung beimisst, bewegt sich die Berliner Richtung der Strasser, Goebbels und Stöhr revolutionär und wortsozialistisch.

Der neueste Beweis für die bestehenden Gegensätze sind zwei Rundschreiben über das Verhalten der eingeschriebenen Safenkreuzler am 1. Mai, das eine von der Parteileitung „An alle Funktionäre“ und das zweite von Goebbels als Gauleiter von Groß-Berlin-Brandenburg. Von München aus wird befohlen, daß „alle Parteimitglieder den Wahlplan des 1. Mai als einen jüdisch-marxistischen Schwindel völlig ignorieren“. Goebbels dagegen fordert in seinem Rundschreiben auf, daß sich

„alle Nationalsozialisten soweit wie möglich an den sozialistischen Demonstrationen des 1. Mai beteiligen, wobei mit allen Mitteln versucht werden muß, für das dritte Reich zu werben. Die Parole lautet nicht, Nationalsozialisten am 1. Mai fort von den Gassen, sondern hinein in die Massen.“

Dieser Richtungsstreit war das Hauptthema der am 26. und 27. April in München abgehaltenen sogenannten Führertagung der Nationalsozialisten. Im äußeren Straßenschild Münchens fiel die Anwesenheit hitlerischer Würdenträger aus dem ganzen Reich dadurch auf, daß man da und dort hoch elegante Autos paradierte, deren luxuriöse Lederpolsterung von bunt kostümierten und ordensbehangenen Gestalten besetzt war. Ueber den Verlauf der Tagung beschränkt sich das Hitler-Organ auf dunkle Andeutungen aus einer zweistündigen Rede Hitlers, in der die Zielrichtung der Nationalsozialistischen Partei folgendermaßen definiert wird: „Der Nationalsozialismus ist nicht etwa eine sozialistische Idee mit nationalem Vorzeichen, sondern bedeutet Aufrichtung einer deutschen Herrenmoral, die weder proletarisch noch bürgerlich ist. Diese Mission sei so kühn und einzigartig, daß die innere Einheit der Partei unbedingt aufrechterhalten werden müsse und jeder politische oder taktische Richtungsstreit eine Sinnlosigkeit wäre.“ Mit dieser Definition gab sich auch der anwesende Strasser zufrieden, da sie ihm und seinen engeren Freunden die völlige Freiheit läßt, auch künftighin mit revolutionären Phrasen den Sozialismus der dummen Kerle zu predigen.

Streit um die Maifaktil in der SPD.

In der Berliner Zentrale der SPD. ringen wegen der diesjährigen Maifaktil zwei Strömungen. Die eine, vertreten von Kemmerling, wendet sich gegen prosozialistische Kundgebungen und Ueberfälle auf die Polizei, weil sie in der gegenwärtigen Situation von der Arbeiterschaft nicht verstanden würden und die SPD. noch mehr isolieren müßten. Die andere Strömung hingegen propagiert „spontane Zusammenkünfte“ und „Hebung des Kampfes um die Straße auf eine höhere Stufe“. Hinter dieser punktspezifischen Linie stehen Thömann und sein Parteiführer, die ihren Fraktionsverbündeten in der Berggruppe Kongressionen machen aus Angst, bei dem im Mai in Moskau vor sich gehenden Scherbengericht mit einer schwachen Position angetroffen zu werden.

Pariser Kampfmaßnahmen zum 1. Mai

Ausweisungsgedrohung gegen Ausländer.

Paris, 28. April.

Vom Innenministerium sind im Einvernehmen mit der Polizeipräfektur folgende Maßnahmen für den 1. Mai getroffen worden: Jeder Umzug auf offener Straße ist verboten; jede Kundgebung, jeder Sabotageakt, jede Arbeitsbehinderung und jede Gewalttätigkeit werden mit der größten Strenge unterdrückt werden. Personen, die hiergegen verstoßen, werden sofort der Staatsanwaltschaft übergeben. Ausländer, die an irgendeiner Kundgebung teilnehmen, sollen unverzüglich ausgewiesen werden. Die üblichen Polizeisträfen werden verstärkt durch die republikanische Garde von Paris und durch die republikanische Garde aus der Provinz. Außerdem wird die Garnison von Paris verstärkt durch Einheiten aus der Provinz, die der Polizeipräfektur zur Verfügung stehen.

Heimwehr gegen Maifeier.

Ein parteiisches Umzugsverbot.

Wien, 28. April. (Eigenbericht.)

Die morgige „Arbeiter-Zeitung“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Deutschösterreichs, schreibt: Seit 40 Jahren feiert die Arbeiterschaft Österreichs den 1. Mai durch Arbeitsruhe und öffentliche Umzüge. Zum ersten Male seit 40 Jahren ist es geschehen, daß ein solcher Umzug verboten wurde: der niederösterreichische Landesheuptmann Dr. Buresch, der an jedem Sonntag auf Heimwehversammlungen Reden hält, hat die Maifeier in dem kleinen Ort Hollabrunn mit der „Begründung“ verboten, daß die Heimwehr dort für die gleiche Stunde eine Gegenkundgebung angemeldet hat. Dabei ist die sozialdemokratische Kundgebung 14 Tage vorher angemeldet worden! Dieses Verbot ist um so gefährlicher, als gleichzeitig dieselbe niederösterreichische Landesregierung das Verbot einer für den 4. Mai angekündigten Heimwehversammlung in der Industriestadt St. Pölten, das der dortige Bürgermeister unter Hinweis auf die große Arbeitslosigkeit und die daraus entstehende Erregung der Arbeiterbevölkerung erlassen hatte, aufgehoben, gleichzeitig aber eine für den 3. Mai, angekündigte Arbeiterkundgebung verboten hat. Dieses Beispiel zeigt, daß, während Schöber bemüht ist, die französische und die englische Regierung von dem angeblich guten Willen der österreichischen Regierung in der Frage der inneren Bestrebungen zu überzeugen, in Wahrheit der Kurs der Regierung einseitig arbeitserfeindlich ist.

In der Arbeiterschaft hat die Nachricht von diesen Vorgängen große Erregung hervorgerufen.

Ueber 200 Personen ertrunken.

Indischer Fugdampfer im Jysson untergegangen.

Kalkutta, 28. April.

Während eines Jysson ist auf dem Fluß Jamna in Ost-Bengalen der Dampfer „Condor“ gesunken. Von 300 Passagieren, die sich an Bord befanden, sind bisher nur 20 als gerettet gemeldet.



Erbaut in höchster Angst und Not — aus lauter Furcht vorm Heldenod.

Indien in Bewegung.

50 Tote in Peshawar. — Demonstrationen und Verhaftungen.

London, 28. April. (Eigenbericht.)

Der Schleier, der über den jüngsten Zwischenfällen in Peshawar lastete, wurde heute abend in einer offiziellen Mitteilung des Indien-Ministeriums teilweise gelüftet. In diesem Kommuniqué heißt es unter anderem: „Angesichts der Möglichkeit übertriebener und irreführender Gerüchte hält es die Regierung von Indien für ratsam, mitzuteilen, daß das Verhalten eines kleinen Teils der Truppen, die bei den jüngsten Vorfällen in Peshawar eingesetzt werden mußten, unbefriedigend war.“ Das Bataillon ist deshalb von Peshawar zurückgezogen worden.

Es handelt sich hier um die Garhwalschützen, ein in seinem Mannschaftsbestand aus Hindus einer hohen Klasse rekrutiertes Regiment. Die Bedeutung dieser Meldung wird noch deutlicher, wenn man in Erwägung zieht, daß die Garhwalschützen seit dem Weltkrieg, wo sie sich an der Westfront und in Mesopotamien besondere Verdienste erworben haben, als eine der zuverlässigsten und besten englischen Truppen gegolten hat. Nach dieser amtlichen Meldung ist kein Zweifel mehr darüber möglich, daß die Gandhi-Bewegung bereits auf die britisch-

englischen Truppen übergegriffen hat und daß zumindest ein indischer Truppenteil trotz seiner englischen Offiziere lieber gemeutert hat, als sich von den Behörden gegen die eigenen Landsleute in ihrem Freiheitskampf einsetzen zu lassen.

Immer neue Zusammenstöße.

Madras, 28. April.

Nach einer Protestkundgebung gegen die Polizei kam es zu Zusammenstößen mit der Polizei. Dabei wurden zwei Personen getötet und drei verletzt. Schon am frühen Morgen vor der Versammlung ereigneten sich unruhige Zwischenfälle. Zahlreiche Autos trieben sich auf den Straßen umher, belästigten Europäer, die im Auto vorüberfahren, und warfen sie in einigen Fällen mit Steinen. Nachdem sich die Polizei eine Zeitlang lediglich darauf beschränkt hatte, die Ordnung aufrechtzuerhalten, wurde befohlen, die Ansammlungen zu zerstreuen. Hierbei kam es zu einem Handgemenge, wobei einige Personen dem Vernehmen nach ernstlich verletzt wurden.

In Karachi zogen Gandhisten mit drei mit ausländischen Stoffen hoch beladenen Kamelen durch die Straßen. Das Tuch wurde schließlich öffentlich verbrannt. In Peshawar erebte eine Versammlung ebenfalls mit der Verbrennung englischer Stoffe.

Moskaus Forderungen an Warschau.

Wegen der Höllemaschine.

Kowno, 28. April. (Teleunion.)

Wie der TU. aus Moskau gemeldet wird, hat die russische Regierung im Zusammenhang mit der Auffindung der Höllemaschine in der russischen Gesandtschaft in Warschau folgende Forderungen an Polen gerichtet:

1. Auflösung sämtlicher russischer, weißrussischer und ukrainischer Organisationen, die das Sowjetregiment bekämpfen.
2. Ausweisung verschiedener Führer der russischen Emigranten aus Polen.
3. Strenge Bestrafung der Bombenanschläger.
4. Einstellung der Hebe der polnischen Presse gegenüber Sowjetrußland.

Die Folgen des Attentats.

Warschau, 28. April. (Eigenbericht.)

Die Polizei hat im Zusammenhang mit dem Versuch eines Bombenattentats auf die Sowjetgesandtschaft mehrere Kommunisten verhaftet. Bei einem Kommunisten wurde Rauchpulver von der gleichen Sorte entdeckt, wie es in der Bombe enthalten war. Die bereits am Sonntag unter dem Verdacht der Täterschaft verhafteten russischen Emigranten sind inzwischen freigelassen worden.

Die Untersuchung der aufgefundenen Bombe soll ergeben haben, daß sie nur mit schwachem Rauchpulver gefüllt war und die Explosion nicht das ganze Haus der Sowjetgesandtschaft vernichtet, sondern höchstens eine Zimmerwand beschädigt hätte. Man neigt deshalb zu der Ansicht, daß es den Tätern vielmehr auf Vortäuschung eines Anschlages als auf ein Attentat selbst angekommen sei.

Sprengstoff-Funde in Ostgalizien.

Mildere Behandlung der Weißrussen.

Warschau, 28. April. (Ost-Expres.)

Die Untersuchung in Lemberg wegen der kürzlich entdeckten Sprengstofflager nimmt immer weiteren Umfang an, doch werden die Ergebnisse streng geheimgehalten. Die polnische Presse spekuliert, man sei einer großen Verschwörung auf die Spur ge-

kommen. Die Hausdurchsuchungen und Verhaftungen unter den ukrainischen Einwohnern Gembergs werden massenhaft vorgenommen. Den Gerichtsbehörden sind zehn Personen übergeben worden, die der Vorbereitung von Attentaten beschuldigt werden. Ein neues Lager von Sprengstoffen ist in einer Buchbinderwerkstatt in Lemberg aufgedeckt worden. — Den Weißrussen gegenüber scheint die Regierung jetzt einen milderen Kurs einschlagen zu wollen. Der Staatspräsident wird angeblich demnächst mehrere Führer der ausgedehnten kommunistisch orientierten weißrussischen „Promoda“ begnadigen, die vom Gericht in Wilna zu drei bis sechs Jahren verurteilt worden sind, darunter die drei ehemaligen Sejmabgeordneten Taraschewitsch, Miolla und Rak.

Litauen klagt Polen an.

Kowno, 28. April. (Lit. Tel.)

Am Laufe des April sind in der Nähe der Verwaltungsgrenze Litauens mehrere litauische Fischer von Polen beschossen worden. Die Polen setzten sich, nachdem sie die litauischen Fischer vertrieben hatten, in den Besitz der vorgegriffenen Fische. Die Einwohner an der Grenze sind von den Polen genötigt worden, längs der Verwaltungsgrenze einen tiefen Graben auszuheben, der mit einem Drahtgitter versehen werden soll. Trotz des Abkommens über den lokalen Grenzverkehr macht Polen ungebührliche Schwierigkeiten, die der Landwirtschaft treibenden Bevölkerung beträchtlichen Schaden verursachen.

Ungarischer Militärskandal.

Hohe Offiziere verwickelt.

Budapest, 28. April. (Eigenbericht.)

Ende voriger Woche wurden in Budapest ein Oberleutnant und ein Hauptmann verhaftet. Sie werden beschuldigt, bei der Beschaffung von Material für das Heeresministerium Betrügereien in Höhe von einer Million Mark begangen zu haben.

Es verlautet, daß sich die Angelegenheit zu einer großen Korruptionsaffäre zu entwickeln scheint. Der verhaftete Oberleutnant Latach ist ein Günstling des Heeresministers Gömbös und stand unmittelbar vor einer Rangerhöhung. Außer den beiden verhafteten Offizieren sollen weitere hohe Militärs in die Affäre verwickelt sein.

Die Verträge zur Regelung der Reparationen wurden am Montag nachmittags in Paris unterzeichnet.

Das Zuchthaus in der „Fürsorgeanstalt.“

Drei ehemalige Rickling-Erzieher vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht in Neumünster hatten sich drei ehemalige „Erzieher“ der Fürsorgeanstalt Rickling in der Provinz Schleswig-Holstein wegen Körperverletzung zu verantworten.

Als drei Angeklagte — Ihre Namen sind Zimbars, Christoffer und Bembke — waren von der Inneren Mission auf ein einfaches Gehalt hin, ohne jegliche Nachprüfung ihrer pädagogischen Fähigkeiten, als Hilferzieher angestellt worden.

Diese „Falkenburg“, von den Jungen einfach „Burg“ genannt, war ein regelrechtes Gefängnis, mit Zellen, hohen kleinen Fenstern und ohne Gemeinschaftsräume.

Hierher kamen die sogenannten „schwererziehbaren“ Jungen, die aus der Anstalt entweichen waren oder bei der Arbeit gesprochen hatten, oder sich sonst irgendwelche Verfehlungen hatten zuschulden kommen lassen.

Lassen wir aber die ehemaligen Fürsorgezöglinge selbst sprechen. Ihre Schilderungen, bald voll innerer Erregung, bald von nervöser Ruhe, ließen im Gerichtssaal ein grauenhaftes Bild entstehen.

Steffen — die Erzieher wurden nämlich „Bruder“ genannt — mißhandelt wurde, zur Hilfe gerufen war.

Als ich bei meiner Ankunft in die Burg nicht schnell genug die Hosen zusammenhängen, erhielt ich vom Erzieher Balf eine Ohrpeitsche, und als ich später nicht schnell genug in Reih und Glied trat, vom Christoffer mit dem Hausklot auf Gefäß.

Als ich, an die Ordnung des Hauses noch nicht gewöhnt, mich zum Essen verspätete, mußte ich im Zimmer einen Dauerlauf machen, und später gab es immerfort Schläge, wegen Sprechen bei der Arbeit oder beim Essen, wegen zu leisen Sprechens während der zwan- zig Minuten, wo das Sprechen gestattet war usw.

Ein dritter Zögling: „Als ich eines Tages wegen der Mißhandlungen beim Kartoffel sammeln ausdrücken wollte, wurde ich von Aufsehern und dem Hunde zurückgeholt, und vom Erzieher Zimbars mit Faust und Hausklot so geschlagen, daß ich aus Mund und Nase blutete.“

Der Fürsorgezögling D. war Bettmäßer. Christoffer zwang ihn, im Winter bei toller Kälte seine Notlage mit ausgestreckten Armen gegen das Fenster hochzuhalten. Blieben seine Arme vor Müdigkeit nach, so erhielt er mehrmals Fußtritte ins Gefäß.

Bei einem Verlaufschießen, das am 25. April auf dem Kreuzer „Karlsruhe“ stattfand, wurde das Einlochröhre eines 15-Zentimeter-Geschützes beschädigt und einige Leute von der Geschüttsbedienungs- durch umherliegende Metallsplitter verletzt.

zwei halbe Scheren und einen Schüssel. Sämtliche Zeugen erklärten einmütig, daß Christoffer unter allen der Schlimmste war.

Und die Angeklagten? Sie bestritten trotz Vorhaltungen des Vorsitzenden, die Jungen in der Weise behandelt zu haben, wie diese es behaupten. Nur Zimbars gab es mit gewissen Einschränkungen zu. Sie erklärten, sich an den Jungen nur aus Notwehr vergriffen zu haben, nämlich, wenn diese über sie hergefallen seien.

Der Schaden, den die Ricklinger Erziehungsanstalt Heilighofen der Fürsorgeerziehung verurteilt haben, ist unabsehbar und nicht so leicht gutzumachen. Der Ricklinger Fall beweist aber aufs neue, wie sehr eine Reform der Fürsorgeerziehung und ihre Einordnung in die allgemeine Jugendwohlfahrt nötig ist.

Das Schöffengericht verurteilte die drei „Erzieher“ wegen fortgesetzter Mißhandlungen jugendlicher Zöglinge in dem Fürsorgeheim der Evangelischen Inneren Mission in Rickling (Holstein) zu den ungewöhnlich milden Strafen von 4, 2 und 1/2 Monat Gefängnis.

Schießunfall auf Kreuzer „Karlsruhe“.

Mehrere Matrosen leicht verletzt.

Bei einem Verlaufschießen, das am 25. April auf dem Kreuzer „Karlsruhe“ stattfand, wurde das Einlochröhre eines 15-Zentimeter-Geschützes beschädigt und einige Leute von der Geschüttsbedienungs- durch umherliegende Metallsplitter verletzt.

Es ist vollkommen unverständlich, warum ein immerhin erster Sozialist in der Reichsmarine, der sich bereits am 25. April zugewandt hat, erst volle drei Tage später der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird.

Gegen unbefugtes Führen von Flaggen.

Eine Verordnung des Polizeipräsidenten.

Der Polizeipräsident hat nachstehende Polizeiverordnung erlassen, die am 1. Mai dieses Jahres in Kraft tritt. Wer unbefugt eine dienstliche Flagge oder Hoheitszeichen oder eine sonstige Flagge, zu deren Führung es besonderer Genehmigung bedarf, oder dergleichen ähnliche Flaggen oder Abzeichen aufzieht oder führt, wird, wenn er nicht nach anderen Vorschriften strenger Strafe verurteilt hat, mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft.

Blattkonzerte der Schutzpolizei. In den nächsten Tagen finden folgende Blattkonzerte der Schutzpolizei statt: Am 29. April von 15 bis 17 Uhr im Krankenhaus Friedrichshain, von 18 bis 19 Uhr im Friedrichshain, am Landsberger Tor. Am 30. April von 16 bis 17 Uhr im Stubenrauch-Krankenhaus in Lichterfelde, von 18 bis 19 Uhr im Stadtpark Steglitz.

Jungarbeiterinnen, Jungarbeiter Groß-Berlins!

Die Jungarbeiterschaft in der Sozialistischen Arbeiterjugend leitet den 1. Mai durch ihre am 30. April, 10 Uhr, vom Helsinglorner Platz (am Bahnhof Warschauer Brücke) ein. Kommt alle! Demonstriert mit uns! Der 1. Mai ist der Tag der Demonstration für die Idee des Sozialismus! Die jungen Proletarier im Betrieb, in der Berufs- und Fortbildungsschule erkennen diese Parole. Sie marschieren mit der Sozialistischen Arbeiterjugend, mit der Sozialdemokratie, mit den freien Gewerkschaften auch am 1. Mai, 13 Uhr, zum Lustgarten.

Die Treffpunkte sind die der erwachsenen Arbeiterschaft! Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.



„Ja, und was weiter?“ „Ich will Ihnen nur erzählen, wie das Mädchen mit den großen, grauen, todernsten Augen von Lorben Rist so wenig belästigt worden war. Als nämlich Fräulein Spasing am Tag, nachdem der Artikel Stimmungsbilder aus Lynd in Kopenhagen erschienen waren, in unseren Laden kam und Frau Jensen eben im Keller zu tun hatte, da ging das Mädchen „mit den großen, grauen, todernsten Augen“ mit einem Revolver in der Hand auf die betriebliche Dame zu —“

Sie sonst nach wollen. Nein, das verlange ich auch gar nicht. Aber ich dachte, es würde das Gericht trotzdem interessieren, daß es eine Frau auf der Insel gab, die zwar rasend verschossen war in Lorben Rist und aus der er sich doch nicht das geringste gemacht hat. Im übrigen kenne ich den Mann genau und weiß, daß er weder irrsinnig ist, noch besonders aufgeregter Natur. Der Ossipowna hat er bestimmt nichts getan.

ja muß doch dieser andere an ihrem Verschwinden und der Explosion schuld gewesen sein.“ „Das steht nirgends geschrieben. Ich kann diesen anderen zwar nicht schmecken, und die Ossipowna war richtig böse auf mich, weil ich von ihrer kleinen Affäre mit ihm nichts wissen wollte, aber ein Verbrecher ist er bestimmt nicht.“

(Fortsetzung folgt)

Theater, Lichtspiele usw.

Dienstag, 29. 4. Staats-Oper Unter d. Linden...

Winter Garten 8.15 Uhr Austr. 2019...

Tosca Ende 22 1/2 Uhr Staats-Oper...

Volksbühne Theater an Bismarckplatz...

Zauberflöte Ende n. 22 1/2 U. Staatl. Schiller-Theater...

Das Lied von Hoboken Ein Negerstück v. Gold-Weissenborn...

SCALA Tägl. 5 u. 8 1/2 Uhr...

Berliner Theater Dönhoff 170...

Toto Amerika berühmtester Clown...

Der Kaiser v. Amerika v. Bernard Shaw...

CASINO-THEATER 8 1/2 Uhr...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Majestät lässt bitten Musik von Walter Kollo...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Lustspielhaus Friedrichstr. 236...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Theater i. d. Behrenstr. 53-54...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

REVEUE SERVUS 1930...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

3 Muskettiere verabschieden sich morgen...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Ihre Hoheit die Tänzerin...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Rose THEATER...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Rennen zu Grunewald...

Die Komödie 11 Bismarck-Platz...

Der gute Kapitän-Kantabak...

Heute zum Feuerwerk im LUNAPARK...

Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Wilmersdorf...

Ordentlichen Ausschreibung am Montag, dem 12. Mai 1930...

Tafel Bestecke Raddatz 12 MONATS-RATEN...

Martha Stein Am 25. April starb nach kurzer Krankheit...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Nachruf...

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands...

Marie Rütz Witwe...

Paul Weißer Berlin, Wrangelstr. 22...

Verkäufe Kleiner Bekleidungsstücke...

Mademo hat Ausgang Komödie in 6 Bld...

Kleines Theat. Märker 1624...

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr...

Theat. u. Konz. Kurt Wagner...

KONSUM GENOSSENSCHAFT BERLIN U. UMGEGEND E.G.M.B.H. am 1. Mai Ihre sämtlichen Abgabestellen geschlossen...

Möbel Schlafzimmer, Esszimmer, Wohnzimmer...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Nachruf...

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands...

Marie Rütz Witwe...

Paul Weißer Berlin, Wrangelstr. 22...

Verkäufe Kleiner Bekleidungsstücke...

Mademo hat Ausgang Komödie in 6 Bld...

Kleines Theat. Märker 1624...

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr...

Theat. u. Konz. Kurt Wagner...

Möbel Schlafzimmer, Esszimmer, Wohnzimmer...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Nachruf...

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands...

Marie Rütz Witwe...

Paul Weißer Berlin, Wrangelstr. 22...

Verkäufe Kleiner Bekleidungsstücke...

Mademo hat Ausgang Komödie in 6 Bld...

Kleines Theat. Märker 1624...

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr...

Theat. u. Konz. Kurt Wagner...

Möbel Schlafzimmer, Esszimmer, Wohnzimmer...

Deutscher Metallarbeiter-Verband Nachruf...

Verband der Buchbinder und Papierverarbeiter Deutschlands...

Marie Rütz Witwe...

Paul Weißer Berlin, Wrangelstr. 22...

Verkäufe Kleiner Bekleidungsstücke...

Mademo hat Ausgang Komödie in 6 Bld...

Kleines Theat. Märker 1624...

Theater d. Westens Täglich 8 1/2 Uhr...

Theat. u. Konz. Kurt Wagner...